

Denkwürdigkeiten



Journal der
Politisch-
Militärischen
Gesellschaft

Nr. 43
Februar
2008

Herausgegeben vom Vorstand
der Politisch-Militärischen Gesell-
schaft e.V. (pmg) in Berlin

ISSN 1436-3070

LEADOFF

Liebe Mitglieder,

noch immer hallen in mir die Anmerkungen von Peter Paret zu Clausewitz auf der Jahresabschlussveranstaltung 2007 der pmg nach. Einmal mehr wurde deutlich: der Weg von Clausewitz zu den erforderlichen Überlegungen zur Zukunft unserer Sicherheit ist intellektuell nicht so weit, wie er auf den ersten Blick scheint.

Donald Rumsfeld hatte in den siegreichen Zeiten seiner Amtszeit gelegentlich einen Clausewitz unter dem Arm. Sein Niedergang begann, als er auf SunZi wechselte. Auf wen sich der nächste Präsident – oder die nächste Präsidentin – der USA abstützen wird kann uns Thomas Bagger noch nicht sagen. Immerhin erfahren wir, wie der Wahlkrimi weitergeht und vor allem: *"die Amerikaner wählen nicht die Vergangenheit ab, sondern sie wählen die Zukunft"*.

"Wir sind alle Amerikaner" titelte die Süddeutsche Zeitung vom 4. Februar 2008. Das gilt im Zeichen der Globalisierung auch für Sicherheit und Prosperität. Dabei stellen sich alte Fragen in neuem Gewand. Sie bedürfen umfassender, tiefer Analyse. Hier haben Politik und Streitkräfte von heute sicherlich Wachstumspotenzial. Danke Professor Paret. Lesson Learned!

Ralph Thiele, Vorstandsvorsitzender

In dieser Ausgabe

1 Anmerkungen zu Clausewitz

von Prof. Dr. Peter Paret

5 McCain! Aber gegen wen? Die US-Vorwahlen nach "Super-Tuesday"

von Dr. Thomas Bagger

7 Die geopolitische Bedeutung Pakistans

von Dr. Heinrich Kreft

10 Water Security – A Source of Future Conflicts?

von Maxim Worcester

THEMEN

Anmerkungen zu Clausewitz

Vortrag vor der Politisch-Militärischen Gesellschaft am 18. Dezember 2007 in Berlin

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich danke Herrn Thiele und Herrn Münkler für die freundliche Einführung, und begrüße diese Gelegenheit mit Ihnen über Clausewitz zu sprechen. Das engere Thema geht auf einen Vorschlag von Herrn Seidt zurück. Er schrieb aus Kabul, dass die Entwicklung einiger Gedanken im Vorwort der neuen Ausgabe meiner Clausewitz-Biographie von Interesse für Sie sein würde, und zwar Gedanken die nicht Clausewitz' Leben, sondern sein theoretisches Werk betreffen.

Ich hoffe es ist Ihnen recht, dass sich meine Bemerkungen nicht nur an die Theorie wenden, sondern auch an Fragen die die Forschung heute beschäftigt, oder beschäftigen sollte – man könnte sagen, Arten und Abarten der Clausewitz Rezeption – Themen die jedenfalls indirekt etwas über Clausewitz' Gedanken aussagen. Dabei möchte ich Sie so wenig wie möglich mit Einzelheiten belästigen – wer hat was über Clausewitz geschrieben – sondern will versuchen, einige allgemeine Probleme der Clausewitz-Deutung, wie ich sie sehe, zu identifizieren.

Die Literatur über Clausewitz konzentriert sich weitgehend auf sein Werk *Vom Kriege*. Aber wie Sie wissen, hat Clausewitz mehr Geschichte als Theorie geschrieben – die sehr unvollständige Erstausgabe seiner Schriften, deren Veröffentlichung kurz nach seinem Tod begann, enthält drei Bände Theorie und sieben Bände geschichtlicher Studien – die Geschichte ist ein bedeutender Teil seiner Beschäftigung mit dem Krieg an sich und dem Problem des Krieges im gesellschaftlichen Leben, aber ein Teil der immer noch nicht genügend beachtet wird. Clausewitz' historische oder politische Schriften werden nicht viel gekauft, sind oft gar nicht vorrätig; aber jedes Jahr gibt es neue Auflagen von *Vom Kriege* auf Deutsch oder in Übersetzung. Das Interesse des Lesers und die

Bedeutung des Materials gehen auseinander. Clausewitz' intensive Beschäftigung mit der Vergangenheit ist jedoch alles andere als ein Seitenweg. Sie war wesentlich für die Entwicklung der Theorie, denn wie konnte er Allgemeines über den Krieg feststellen ohne die Zeit in der er lebte mit früheren Zeiten zu vergleichen? Man kann sagen dass geschichtliche Hinweise ein integraler Bestandteil der theoretischen Schriften sind – ein Bestandteil der viele Leser des Werkes *Vom Kriege* immer wieder irreführt hat. Ich komme darauf zurück.

Der Theoretiker Clausewitz ist heute nicht nur von historischem Interesse. Jedes Jahr erscheinen Aufsätze und öfters Bücher über sein theoretisches Werk. Wie erklärt sich dieses Interesse? Clausewitz' Gedanken sind wichtig und vielseitig genug um immer neue Untersuchungen zu verlangen. Aber das wäre auch von anderen Denkern seiner Zeit zu sagen, die grundlegendes geschrieben haben – nicht über den Krieg, aber über andere wichtige Phänomene des gesellschaftlichen Lebens – und die sich trotzdem nicht derselben Aufmerksamkeit erfreuen. Beispiele wären Montesquieu über die Teilung der Macht und Kompetenzen in der Regierung, und Adam Smith über die Dynamik der modernen Wirtschaft. Ihre und Clausewitz' heutige Bedeutung sind ganz verschiedener Art. Das Interesse an sein Werk reicht von der Wissenschaft zum Militär, bis in die Allgemeinheit. Ein Grund dafür ist die scheinbar permanente Krise vom Atomkrieg zum Banden- oder Terrorkrieg, in der wir jetzt leben. Das führt zu der Frage, liest man Clausewitz um seine generelle Ansicht des Krieges zu verstehen, oder um in seinem Werk Antworten auf die heutigen Krisen zu finden?

Die sogenannten Neuen Kriege führen dazu, Clausewitz' Kriegstheorie anzusprechen in der Hoffnung, dass sie Antworten auch auf dieses neue Problem enthält; oder auch um Clausewitz' Gedanken zu prüfen, was oft dazu führt sie zu verwerfen, mit der Behauptung, dass seine theoreti-

sche Beschreibung des Krieges ganz auf der Wechselwirkung von Kriegführung und Politik des Staates beruht. Das ist, glaube ich, der Kern der Meinungsverschiedenheit zwischen Herfried Münkler und Martin van Crefeld. Crefeld, Verfasser des Werkes, *Die Zukunft des Krieges*, findet Clausewitz' Gedanken von der Realität der Neuen Kriege überholt. Herfried Münkler dagegen in seinem Werk *Die neuen Kriege*, zeigt meiner Meinung nach überzeugend, dass Clausewitz' Ansichten auch nicht-staatliche Kriege berücksichtigen. Ein gut fundierter, ich glaube noch unveröffentlichter Aufsatz von Claus von Rosen, *Clausewitz und die Neuen Kriege?*, unterstützt Herrn Münklers Argument, indem er darlegt das Clausewitz' Vorlesungen über den Kleinen Krieg die Gedankengänge im *Vom Kriege* ergänzen. Erlauben Sie, dass ich in diesem Zusammenhang ein kleines Buch über Guerillas erwähne, das mein Kollege John Shy und ich 1961 veröffentlichten.

Damals schrieben wir, *"Ein Verständnis von Clausewitz' Analyse der Wechselwirkung von Politik und Krieg ist der Schlüssel zum Erfolg des Guerillakrieges und des Anti-Guerilla Krieges."* Manche unserer Leser fanden das eine selbstverständliche Wahrheit, andere dagegen meinten, die Erweiterung vom "regulären Krieg" zum Banden- oder "Neuen Krieg" könne nicht einfach vorausgesetzt werden, da Clausewitz sie nirgends direkt ausspricht. Wir ahnten nicht, dass 40 Jahre später für manchen die Frage der Relevanz immer noch nicht gelöst ist. Ich erwähne diese Einzelheiten nur weil sie auf ein ständiges Problem der heutigen Clausewitz-Literatur weisen: die Konzentration auf eine Behauptung, ohne Beachtung des Zusammenhanges mit anderen Argumenten, das Pochen auf genaueste Definition, ohne zu erkennen, dass Organisation der Gedanken, und Vokabular und Stil eines Schriftstellers der deutschen Klassik zwangsläufig nicht die eines modernen Politologen sind. Man klammert sich an das Wort "Regierung", ohne zu erkennen, dass Clausewitz damit die politische Leitung

im Allgemeinen meint. Die ersten Kapitel in *Vom Kriege* mögen den Eindruck geben, dass Politik für Clausewitz staatliche Politik bedeutet. Aber später, besonders im 8. Buch, sagt Clausewitz deutlich, dass zu allen Zeiten, auch in einem Volk ohne komplexe politische Institutionen, dieselben Wechselwirkungen von Krieg und Politik existierten und zu analysieren sind, ob in einem prähistorischen Hirtenvolk, oder wie er sagt "halbgebildete Tataren", einem Kaiserreich oder einer Republik des 19. Jahrhunderts, wenn sich auch die Institutionen und Formen der Politik und des Krieges geändert haben.

Es ist nie leicht, Ideen und Formulierungen einer früheren Generation aus einer späteren Perspektive zu deuten – aber die Schwierigkeit wächst, wenn wir die heutigen Probleme in den Vordergrund schieben. Ich meine das nicht als Kritik, sondern als einfache Feststellung der Realität. Natürlich muss man nicht Historiker sein um Clausewitz zu verstehen, aber die Erkenntnis der Zeitunterschiede – ob instinktiv oder gelernt – erleichtert den Zugang zu früheren Gedanken.

Die heutige Lage hält also das Interesse an Clausewitz wach. Andererseits führt die Suche nach Antworten zu einem elementaren Irrtum, der die Clausewitz-Literatur immer wieder schwächt. Die Frage "Warum liest man Clausewitz?" ist fast identisch, oder sollte fast identisch sein, mit der Frage "Warum schrieb Clausewitz?" Diese zweite Frage hat Clausewitz mehr als einmal mit größter Bestimmtheit beantwortet. Ich nenne als Beispiel den Satz im *Vom Kriege*, Buch 6, Kapitel 8 "Verteidigung": *"Wir legen es nicht darauf an, schreibt Clausewitz, "neue Grundsätze und Methoden des Kriegführens anzugeben, sondern das längst Vorhandene in seinem innersten Zusammenhange zu untersuchen und auf seine einfachsten Elemente zurückzuführen."* Er schreibt also nicht, um zu lehren wie man seiner Ansicht nach Krieg zu führen hat, sondern um den Krieg an sich – *"das längst Vorhandene in seinem innersten*

Zusammenhänge" – zu verstehen, und indem wir seinen Gedankengang folgen, uns zu helfen über den Krieg zu denken. Die Kriege die uns jetzt politisch, nicht historisch, beschäftigen, mit Hilfe seiner Gedanken zu verstehen, ist aber etwas anderes als in seinen Schriften nach Regeln oder Gesetzen zu suchen.

Allerdings charakterisiert die wenigstens zeitweise Ausschaltung des Nützlichkeitsprinzips eine sehr gehobene Position, eine Position der reinen Wissenschaft, die nicht jeder annehmen kann oder will. Der Krieg als Problem ist für den weitaus größten Teil der Menschheit immer eine Frage erstens des Überlebens, und zweitens des Siegens gewesen. Der Soldat, der Politiker denkt über den Krieg und liest was andere über den Krieg schreiben, gewöhnlich um zu lernen wie der Krieg mit Erfolg zu führen ist. Diese pragmatischen Interessen sind selbstverständlich, sie haben ihr Recht, und sind ein ganz natürlicher Teil des Prozesses militärische Führer zu bilden. Nun kann man sagen, der beste Weg zum praktischen Erfolg ist den Krieg zu verstehen wie Clausewitz das meint, Klarheit zu erreichen, erstens über die dynamische Verbindung der verschiedenen Elemente und Prozesse des Kampfes selbst, und zweitens über die Elemente die den Kampf veranlassen und ihm seine besondere Form geben – Gesellschaft, Wirtschaft, Technologie, Politik. Und das ist vielleicht richtig, obwohl nicht von jedem abstraktes Denken zu verlangen ist, und ein teilweises Wissen, verbunden mit praktischen Verstand und Instinkt schon sehr weit führt. Aber in jedem Prozess, der das Wissen, das Verstehen an sich, zu einem Können machen will, ist die Gefahr des Abgleitens zu der linearen Welt der praktischen Grundsätze, sogar Regeln, nur schwer zu vermeiden – besonders da Grundsätze und Regeln in vielen Teilen der militärischen Struktur und Handlung nötig sind. Es ist nie leicht zu entscheiden wo ihre Notwendigkeit aufhört.

Wir sehen, es handelt sich um einen Prozess in zwei Stufen: Man

studiert den Krieg um ihn zu gewinnen; und um dieses Ziel zu erreichen, komprimiert man die Vielfalt des Möglichen und formuliert Grundsätze. Wer aber von Anfang an eine theoretische, analytische Schrift wie *Vom Kriege* als Handbuch oder Leitfaden liest, wird mit ziemlicher Sicherheit irregehen. Das pragmatische Element ist jedoch im Studium des Krieges seit jeher so stark vertreten, dass es vielen Lesern immer wieder schwer fällt, dieses Problem zu erkennen, geschweige denn Clausewitz und der abstrakten Objektivität seiner Darlegungen zu folgen.

Mit Scharnhorsts Hilfe hat Clausewitz diese Schwierigkeit schon früh erkannt. Von der Zeit seiner ersten Versuch die Krieg zu verstehen, hat er – zuerst wohl gefühlsmäßig, dann mit immer größerer Klarheit – die Schwächen von zwei entgegen gesetzten Tendenzen erkannt: einerseits die Sucht Systeme zu errichten, andererseits die Unfähigkeit sich von einem reinen Pragmatismus zu befreien, und es ist ein Zeichen seines Erkenntnisses und seiner Ungeduld mit den Systemmachern und der ausschließlichen Pragmatik, oder wie er schreibt mit dem "unwissenschaftlichen Geist", dass er sich nicht gescheut hat in der Vorrede zum *Vom Kriege* den Theoretikern und Lesern, die von Regeln leben, einen Hieb zu versetzen, indem er den Krieg mit einem Hausbrand vergleicht, und Georg Christian Lichtenbergs Auszug aus einer Feuerverordnung zitiert. Lichtenbergs Text beginnt: "*Wenn ein Haus brennt, so muss man vor allen Dingen die rechte Wand des zur Linken stehenden Hauses und hingegen die linke Wand des zur Rechten stehenden Hauses zu decken suchen; denn wenn man zum Exempel die linke Wand des zur Linken stehenden Hauses decken wollte, so liegt ja die rechte Wand des Hauses der linken Wand zur Rechten...*" und so fort, weitere zwölf verschachtelte Zeilen lang, die der Feuerwehr genau vorschreiben was sie in jedem Fall zu tun habe, und die den Unsinn verdeutlichen, mit strategischen und operativen Regeln die komplexe Vielfalt des

Krieges beherrschen zu wollen. Dass Clausewitz seinem Manuskript über den Krieg nicht Worte eines Feldherrn der Antike oder der Neuzeit voranstellt, sondern den Witz eines eleganten Satirikers, – den am wenigsten kriegerischen Mann den man sich vorstellen kann – ist einmalig in der Geschichte der Kriegstheorie, und sendet eine Botschaft, die wir beachten sollten.

Clausewitz schreibt nicht um Regeln, sondern um Verstehen zu entwickeln, ein Verstehen das der Versuch den Krieg als Ganzes zu sehen ermöglicht oder jedenfalls erleichtert. Sein Text ist voll von Beispielen aus der Kriegsgeschichte, die zeigen wie – nach des Verfassers Ansicht – ein Befehlshaber etwas richtig oder falsch gemacht hat. Das heißt, zeitspezifische Hinweise untermauern zeitlose Wahrnehmungen und Gedanken, oder wie Clausewitz sie nennt "Wahrheiten". Sie erfüllen den Zweck, seine Gedanken so nah wie möglich an die geschichtliche Realität zu halten. Wie er in derselben Vorrede schreibt, "*da manche Pflanzen nur Früchte tragen wenn sie nicht zu hoch in den Stengel schießen, so müssen in praktischen Künsten [wie die Theorie des Krieges] die theoretischen Blätter und Blumen nicht zu hoch getrieben, sondern der Erfahrung, ihrem eigentümlichen Boden, nahegehalten werden.*"

Die Beispiele helfen uns, Clausewitz' Gedanken zu verstehen. Aber historische Hinweise stellen auch eine Gefahr dar. Der Leser – besonders wenn er von Anfang an nach Regeln sucht, oder wenigstens Regeln begrüßen würde – kann die Beispiele, in denen sich natürlich Clausewitz' positive und negative Kritik ausdrückt, leicht als Verhaltensmassregeln betrachten. Möglich, dass die Umarbeitung, die Clausewitz beabsichtigte, dieses Problem beseitigt hätte. So aber enthält *Vom Kriege* einen gewissen Widerspruch, nicht in der Entwicklung der Gedanken, aber hin und wieder in ihrer Darstellung, ein Widerspruch der manche Leser irreführt.

Das Zitat von Lichtenberg bringt uns zu einer weiteren Frage, die die Clausewitz Literatur bewegt hat, und oft nicht im positiven Sinn: die Frage nach den Quellen seiner Gedanken und Ansichten und den Vorbildern seiner Methode. Die ersten Namen die gewöhnlich genannt werden, sind Kant und Hegel, Kant vertreten von Johann Gottfried Kiesewetter, Verfasser einer populären Einführung in die Kantische Philosophie, und ein Lehrer an dem Berliner Institut für junge Offiziere, zu dem Clausewitz seit Ende 1801 kommandiert war. Dass Clausewitz Vorträge von Kiesewetter hörte ist unzweifelhaft, aber eine nähere Verbindung und bestimmte Entlehnungen lassen sich kaum beweisen. Dagegen ist mit Sicherheit anzunehmen, dass um 1800 ein junger Mann mit Clausewitz' Interessen, sich dieses oder jenes aus der idealistischen und kritischen Philosophie angeeignet hätte. Das Wesentliche in Clausewitz' Art analytisch zu denken war, wenn nicht Gemeingut gebildeter Menschen, ihnen jedenfalls nicht unbekannt – zum Beispiel seine Überzeugung, dass ein komplexes Geschehen wie der Krieg nur zu verstehen ist, wenn man Krieg nicht nur als Kampf ansieht, sondern alles was im Krieg wirksam ist – Politik, Kampf, Psychologie, usw. – in ihrem Zusammenhang untersucht; was damals Goethe in seiner Studie nach Spinoza so ausdrückte: *"Teile... sind dergestalt unzertrennlich vom Ganzen, dass sie nur in und mit demselben begriffen werden können"* – also das Wesen der Verteidigung durch den Angriff, das Wesen der Strategie durch Politik oder ihren Mangel, usw.. Sogar der Nutzen operativer Handlungen durch die politischen Ziele des Krieges.

Weitere Allgemeinheiten wären, zum Beispiel, die dialektische Methode, oder solche Konzepte wie das Prinzip der Polarität, in der, wie Clausewitz schreibt, die positive Größe und ihr Gegensatz, die negative, sich genau vernichten, ein Prinzip gegen das er einzelne Kriege oder Schlachten misst – alles Konzepte der Intelligenz seiner Zeit wohlbekannt.

Nicht nur das allgemeine Ziel der Deutung wissenschaftlicher und sozialer Phänomene, und die Methode diese Ziel zu erreichen, auch bestimmte Gedanken über den Krieg waren in der Kultur der Zeit vorhanden – Rohmaterial das Clausewitz auf seine Weise verarbeiten konnte. Nur als Beispiel, nicht um eine neue Quelle seiner Theorien zu identifizieren, möchte ich Schillers Wallenstein Trilogie nennen – Dramen die den Krieg nicht als theatralische Dekoration verwenden, sondern in denen eindringlich über Politik und Krieg, und über die Psychologie des Soldaten gesprochen wird. In dem großen Dialog zwischen Octavio und Max im ersten Akt der Piccolomini, warnt Octavio seinem Sohn nicht als "Nur-Militär" zu denken, dabei fällt ein Satz, der Wort für Wort in *Vom Kriege* erscheinen könnte, und zwar im Abschnitt des ersten Kapitels, in dem Clausewitz darlegt dass ein Krieg nicht nur das Ziel hat den Gegner zu besiegen – obwohl auch das nicht immer der Fall sein muss – sondern dass der Krieg um etwas außerhalb des Krieges geführt wird: um ein politisches, territoriales, oder ideologisches Ziel. Oder wie Octavio sagt: *"Im Kriege selber ist das letzte nicht der Krieg."* Später plädiert Max für Unterhandlungen mit dem Feind noch während des Krieges, damit beide Seiten die Ziele des anderen richtig verstehen, was ihnen helfen würde Ihre Kriegführung auf eine rationale Basis zu stellen, oder eine Verständigung zu suchen: *"Beim Feind Vertrauen zu erwecken"*, sagt Max, *"... ist doch der einz'ge Weg zum Frieden: Denn hört der Krieg im Kriege nicht schon auf – Woher soll Friede kommen?"* Man kann, je nach der besonderen Situation, mit diesem Rat einverstanden sein oder nicht, aber der Gedanke bezeugt ernstes Nachdenken über den Krieg als Zweck und Mittel.

Selbstverständlich sind solche Sentenzen von Schiller oder Goethe nicht der Ursprung dieses oder jenes Gedanken von Clausewitz – ich erwähne sie nur um zu erinnern, dass seine Umgebung, die Gesellschaft und Kultur seiner Zeit, ihm Wege und manchmal

auch Ausdrucksformen zeigte, die er für seine Zwecke verwenden konnte – und die nur er als einziger dazu verwendete, eine übertragende Synthese des Krieges zu errichten. In Ermangelung dokumentarischer Beweise einer direkten Übernahme, die jetzt kaum noch zu erwarten sind, sollte sich das Studium der Quellen und der Entwicklung seiner Gedanken weniger auf bestimmte Dokumente und mehr auf die Kultur seiner Zeit konzentrieren.

Ein bedeutender Teil der neueren Clausewitz-Forschung, besonders außerhalb Deutschlands, beschäftigt sich mit der Frage von Clausewitz' Einfluss auf die späteren Kriege des 19. und 20. Jahrhunderts. Die Frage allgemein formuliert hat wenig Sinn – um welchen Teil seines Werkes handelt es sich? – und ich muss gestehen, dass ich sie nicht für produktiv halte. Gewiss hatte Clausewitz' Werk Einfluss auf Bildung und Denken preußischer Offiziere im 19. Jahrhundert, und mit anderen zusammenfassenden Werken bezeichnet *Vom Kriege* sicher eine Stufe in dem wachsenden beruflichen Charakter des Krieges. Es ist aber ebenso offensichtlich, dass Clausewitz' Ansichten wenig Einfluss auf die deutsche Strategie und Militärpolitik im 19. und 20. Jahrhundert ausübten. Die brüchige Koordination zwischen Politik, Generalstab und Oberste Heeresleitung 1914, und der politisch leichtfertige Überfall von Belgien, waren gerade die Art von Zuständen und Entschlüssen gegen die er warnte. Trotzdem proklamierte der Britische Schriftsteller Basil Liddell Hart, sich auf vereinzelte und überdies missverstandene Sätze berufend, Clausewitz als einen Propheten des Massenkrieges, ein intellektueller Vorbote der Befehlshaber des ersten Weltkrieges, die in sturen Frontalangriffen hundert tausende schlachteten. 50 Jahre später wurde dieselbe Anklage – weiter vergrößert – von John Keegan wieder erhoben. Man kann eine Person für bestimmte Handlungen, Entschlüsse, und Befehle verantwortlich machen, auch – in einem allgemeineren – Sinn für die Unterstützung von langjährigen Ent-

wicklungen der Industrialisierung, der Technologie, der Ideologie, die zu den Vernichtungskriegen des zweiten Weltkrieges führten, aber ohne ein definierbares und dokumentiertes Verhältnis können Ursache und Wirkung in der Geschichte nur als Legende bestehen. Und wenn wir den Lauf der Weltgeschichte seit Clausewitz' Tod verfolgen, müssten wir eigentlich zu dem Schluss kommen, dass manche seiner wichtigsten theoretischen Einsichten, darunter das Bedürfnis der engen Zusammenarbeit der politischen und militärischen Führung, und die Erkenntnis der politischen Natur des Krieges – und was dieser Gemeinplatz wirklich bedeutet – weiterhin auf Unverständnis treffen, und eben nicht den Einfluss gewonnen haben der ihnen zukommt.

In dem vielseitigen Werk *Vom Kriege*, ganz abgesehen von seinen anderen Schriften, versucht Clausewitz ein gesellschaftliches Phänomen zu verstehen, in einem Werk dessen Verhaltensmassregeln – soweit sie überhaupt existieren – mehr Beobachtung und Erklärung als Vorschrift darstellen. Ein Beispiel: wenn Clausewitz schreibt, die politische und militärische Führung sollte eng integriert sein, erklärt er welche Art der Integrierung er für die vorteilhafteste hält, aber sagt nichts über die Form der politischen Führung: Absolute oder konstitutionelle Monarchie, Republik, jede Form ist tragbar, solange sie die politisch-militärische Integration ermöglicht, die der Krieg als Instrument der Politik verlangt.

Wir wissen, Clausewitz verband objektives Schauen mit dialektischem Denken, und entwickelte eine Methode, die den wissenschaftlichen Problem des Krieges im großen und kleinen gerecht wird, und die zudem die Gabe besitzt, dem Leser, der sein Verständnis nicht an Definitionen und Regeln fesselt, zu einem unabhängigen Urteil zu helfen. Ich sage unabhängig, denn wir müssen uns immer erinnern: Clausewitz' Methode über den Krieg zu denken kann zu verschiedenen Resultaten führen. Auch aus diesem Grund wäre zu behaupten, dass

die Bedeutung von Clausewitz' Werk nicht hauptsächlich in seinen Definitionen, Sentenzen und präzisen Schlussfolgerungen liegt – so hoch ihr Wert auch ist – sondern in den Erkenntnissen die sie ausdrücken, vereint mit der Art und Weise in der er sie erreicht, formuliert und begründet. Anders als in den exakten Wissenschaften, ist eine grundlegende Erkenntnis in dem Studium der Handlungen der Menschen zu und gegeneinander, zu denen der Krieg gehört, nicht eine unabhängige Wahrheit, die sich selbst genügt, sondern eine Formulierung deren Sinn von der geistigen Umwelt abhängt in der sie geschaffen wurde. Die Worte die die Erkenntnis ausdrücken, sind nur im Zusammenhang mit Clausewitz' Denken zu verstehen.

Ich schließe mit dem Versuch, diese Behauptung kurz zu begründen. Nehmen wir als Beispiel den Satz: *"Der Krieg ist eine bloße Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln"*. Das ist eine bedeutende Erkenntnis – zugleich aber auch ein Gemeinplatz. Denn wer weiß nicht, dass politische Erwägungen und Entscheidungen einen Krieg auslösen, und dass ein Krieg politische Ziele verfolgt? Worin liegt also die Bedeutung des Satzes? Was bringt er neues? Um diese Frage zu beantworten, müssen wir Clausewitz' Denken weiter verfolgen. In *Vom Kriege* bemüht er sich zu zeigen, dass Krieg und Politik, Krieg und Frieden nicht absolut zu trennen sind. Die Politik hört nicht auf, wenn der Kampf beginnt. Beide beeinflussen sich, wenn auch der Einfluss von verschiedener Art und von verschiedener Bedeutung sein kann. Die Wechselwirkung existiert auf allen Ebenen der politischen und militärischen Handlung, nicht nur auf der höchsten. Eine Einheit erschießt Gefangene, und löst eine propagandistische, emotionelle, politische Reaktion aus, die den Widerstand stärkt und die Haltung der eigenen Truppe schwächt. Das heißt: Wenn eine erfolgreiche Kampfhandlung zu negativen politischen Kosten führen könnte, wäre zu entscheiden, ob sich dieser Erfolg lohnen würde. Der Satz "Der Krieg ist eine bloße Fortset-

zung..." verlangt also oft ein kompliziertes, schwieriges Umdenken – im Kleinen wie im Großen. Die Bedeutung eines solchen Satzes enthält sowohl etwas Endgültiges wie auch zahllose Möglichkeiten. Was Clausewitz mit diesem Satz und ähnlichen Sätzen sagen wollte, kann nur durch weitere Erwägungen seiner Gedanken und eigenes Weiterdenken erreicht und erkannt werden.

Prof. Dr. Peter Paret,
Princeton

Professor Dr. Peter Paret ist Professor Emeritus für Modern European History an der School for Historical Studies am Princeton Institute for Advanced Studies, Princeton, USA. Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder.

THEMEN

McCain! Aber gegen wen? Die US-Vorwahlen nach "Super-Tuesday"

So früh wie noch nie und in so vielen Staaten wie noch nie – das war der "Super Tuesday" 2008. Vor einigen Monaten waren sich die Experten noch einig, dass nach dem 5. Februar die Nominierungen ("viel zu früh!") entschieden sein würden. Nicht das einzige Mal in dieser außergewöhnlichen amerikanischen Wahlsaison, dass praktisch alle falsch lagen.

Am Morgen danach

Bei den Republikanern gewinnt (der im Sommer 2007 von ausnahmslos allen Experten politisch totgesagte) Senator John McCain die bevölkerungsreichen Staaten an der Ostküste (New York, New Jersey, Connecticut) sowie Illinois und Kalifornien deutlich. Es ist ein Sieg ohne großen Glanz, denn in den eigentlichen Hochburgen der Republikanischen Partei gewinnen andere: der überraschend starke Mike Huckabee fünf Staaten im evangelikal geprägten Süden, Mitt Romney im "Rocky

Mountain West". Aber McCain kann dank des Mehrheitswahlsystems in den republikanischen "primaries" so viele Delegiertenstimmen auf sich vereinigen, dass sein Weg zur Nominierung als Präsidentschaftskandidat der Republikaner kaum noch aufzuhalten sein wird. Der 71-jährige McCain weiß allerdings auch, dass mit dem Erfolg am 5. Februar die Frage, ob er die Basis wirklich hinter seiner Kandidatur versammeln kann, oder ob die republikanische Partei in Flügelkämpfen versinkt, noch nicht entschieden ist. Nicht nur führende Vertreter der konservativen Bewegung haben in den letzten Tagen erklärt, niemals für McCain zu stimmen – aufgrund seiner in der eigenen Partei umstrittenen Haltungen zu Einwanderung, Steuersenkungen, Wahlkampffinanzierung – auch die Wähler folgen ihm nur zögerlich (Er profitiert erneut massiv davon, dass der evangelikale Huckabee verhindert, dass die konservative Basis sich um Mitt Romney schart). McCain sagte deshalb noch in der Nacht seine traditionelle und auch für dieses Jahr geplante Reise zur Münchener Sicherheitskonferenz ab, um stattdessen weiter Wahlkampf zu machen.

Aus europäischer Sicht ist McCain zweifellos der berechenbarste Kandidat aus dem Kreis der Republikaner. Er ist Europa seit langem verbunden, politisch, aber auch emotional. Er gilt allerdings nicht ohne Grund als kein einfacher Charakter: Seine Biographie und sein vollständig in "national security"-Kategorien verhaftetes politisches Denken machen ihn zu einem harten, bisweilen starrsinnigen Gegenüber – eine Haltung, in der ihn die Entwicklungen im Irak, aber auch seine persönliche politische "Wiederauferstehung" der letzten Wochen noch bestärken werden.

Clinton und Obama – Kopf-an-Kopf

Bei den Demokraten hingegen hat "Super Tuesday" überhaupt nichts entschieden. Hillary Clinton gewinnt nicht nur New York, ihren Heimatstaat, erwartet deutlich, sondern setzt sich auch in Massachusetts und New Jersey deut-

lich durch. Sie gewinnt ebenfalls deutlich in Arkansas, Tennessee und Oklahoma, knapp in Arizona und in der Nacht auch noch den großen Preis: Kalifornien. Aber Obama gewinnt in allen anderen 14 Staaten, zum Teil sehr deutlich wie in Illinois und in Georgia, aber auch in Alabama, zum Teil knapp wie in den Neuenglandstaaten Connecticut und Delaware sowie in Utah und Missouri. Er setzt sich in allen sieben "caucus"-Staaten durch, in denen frühzeitige Organisation und "grassroots"-Arbeit sich besonders auszahlen (Alaska, Colorado, Idaho, Kansas, Minnesota, North Dakota, hauchdünn wohl auch New Mexico).

Noch ist aufgrund der sehr komplexen Auszählungsregeln nicht völlig klar, wer mit diesen Stimmeregebnissen jeweils wie viele Delegierte für den Nominierungsparteitag im August gewinnt. Aber klar ist: Ein substanzieller Vorsprung an Delegierten für entweder Clinton oder Obama ist nicht in Sicht. Das Rennen geht deshalb nach "Super Tuesday" mit unverminderter Heftigkeit weiter. Nächste Stationen sind schon am 9. Februar Louisiana, Nebraska und Washington, dann die sog. "Potomac"-primary in Maryland, Washington D.C. und Virginia am 12. Februar. Wichtiger aber für das Delegiertenrennen wird "Texas-Tuesday" am 4. März, wenn neben dem "Lone Star State" auch noch Ohio auf dem Kalender steht, und dann am 22. April Pennsylvania. Aber das Augenmerk der Kandidaten richtet sich nicht mehr nur auf die Vorwahlen. Die Demokraten nominieren ihren Kandidaten formell Ende August in Denver. An der dortigen "National Convention" nehmen 4.049 Delegierte teil - aber nur 3.253 von ihnen werden in Vorwahlen bestimmt, die sog. "pledged delegates". 796 weitere, d.h. fast 20% aller Delegierten, sind sog. "superdelegates" (bei den Republikanern ist es ähnlich: 463 von insgesamt 2.380 Parteitagsdelegierten sind sog. "unpledged delegates".) Je länger das Rennen zwischen Clinton und Obama unentschieden bleibt, umso stärker rückt die Gruppe der "superdelegates" in den Fokus – das sind al-

le demokratischen Abgeordneten, Senatoren und Gouverneure sowie die ordentlichen Mitglieder des "National Democratic Committee" und weitere Parteiprominenz. Sie sind auch auf dem Parteitag an keinerlei Weisung gebunden. Erst gut dreihundert von ihnen haben sich bisher zu Kandidaten bekannt (211 für Clinton, die hier ihren institutionellen Vorteil ausspielt, 128 für Obama) – auch sie können sich allerdings jederzeit umentscheiden und hinter einen doch noch sich herauskristallisierenden Favoriten scharren. Nimmt man alle bisher gewählten Delegierten und diese "superdelegates" zusammen, dann kommen sowohl Obama wie Clinton gerade erst auf etwa ein-tausend der benötigten 2.025 Delegierten.

Mit Prognosen sind alle Beobachter vorsichtig geworden. Aber ohne Zweifel ist das Unentschieden ein enormer Erfolg für Barack Obama, der es in den letzten Tagen vermocht hat, die doch noch erhebliche Lücke in den Umfragen gegenüber der lange als "unvermeidlich" ("inevitable") gehandelten Hillary Clinton fast überall zu schließen. Die "exit polls" zeigen ein weitgehend einheitliches Bild: Nicht die Hautfarbe definiert den Zweikampf Clinton-Obama, sondern mehr als alles andere ein Generationenkonflikt. Clintons Vorsprung ist am deutlichsten unter älteren, vor allem älteren weiblichen Wählern und unter Latinos, Obama gewinnt deutlich bei jüngeren Wählern sowie unter der schwarzen und der wohlhabenderen Wählerschaft. Kann Obama die die jüngere Generation auch in den kommenden Wochen ähnlich elektrisieren und mobilisieren wie in den zurückgelegten vier Wochen der Vorwahlsaison, dann spricht manches dafür, dass er am Ende die besseren Karten haben wird. Aber seit gestern wird in der Demokratischen Partei auch ein Schreckensszenario diskutiert: eine umkämpfte "National Convention". Bisher waren diese Nominierungsparteitage nur ein wohlinszeniertes mediales Schaulaufen. Diesmal könnte alles anders sein. Dann könnte auch eine Rolle spielen, was bisher nur in Umrissen aus den Um-

fragen abzulesen ist: dass ein Kandidat Barack Obama bessere Chancen hätte gegen einen republikanischen Gegenkandidaten McCain als Hillary Clinton.

Die Spannung bleibt also das ganze Jahr 2008 hindurch erhalten. Denn eines sollte man in Europa keinesfalls glauben: dass die Wahl im November schon so gut wie gewonnen sei für die Demokraten, ganz gleich wen sie zum Kandidaten küren. Der eigentliche Wahlkampf hat noch gar nicht begonnen – und die Amerikaner wählen nicht die Vergangenheit ab, sondern sie wählen die Zukunft. In einer solchen Wahl aber hat ein populärer "Real American Hero" wie John McCain seine Chance, so düster die Bilanz nach acht Jahren Bush auch scheinen mag.

Dr. Thomas Bagger, Washington

Dr. Thomas Bagger ist stellvertretender Leiter der Politischen Abteilung der Deutschen Botschaft in Washington D.C.. Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder.

THEMEN

Die geopolitische Bedeutung Pakistans

Ein Land zwischen "Talibanisierungs"-Gefahr und Rückkehr zur Demokratie

Der Mord an Benazir Bhutto am 27. Dezember hat das Licht der Weltöffentlichkeit auf ein Land geworfen, das zumeist im Schatten seines großen Nachbarn und regionalen Widersachers Indien steht, mit dem Pakistan wiederholt in kriegerische Auseinandersetzungen verwickelt war. Seine eigene geopolitische Bedeutung wird unterschätzt, obwohl Pakistan eine wichtige Rolle für die Stabilität Süd- und auch Zentralasiens spielt. So ist weder eine Lösung des Kaschmir-Konflikts noch eine dauerhafte Befriedung Afghanistans ohne eine aktive Rolle Pakistans möglich. Auch eine effektive Bekämpfung des internationalen Terrorismus erfordert die enge Kooperation Isla-

mabads. Zugleich ist Pakistan nicht nur einzige islamische Atommacht, sondern vor allem aufgrund der wachsenden Islamisierung auch selbst vom Staatszerfall bedroht und daher nicht nur in der Einschätzung des britischen Economist "The world's most dangerous place".

Dominanz des Militärs in Staat und Gesellschaft

Als sich General Pervez Musharraf am 12. Oktober 1999 an die Macht putschte, setzte er die lange Tradition direkter Militärrherrschaft in Pakistan fort. In den 60 Jahren seit der Staatsgründung hatte das Land nur 23 Jahre lang eine zivile Regierung. Die ersten freien Wahlen fanden erst 1970 statt. Das pakistanische Militär, das in der Bevölkerung einen relativ guten Ruf hat, beherrscht nicht nur die Politik des Landes, sondern auch weite Teile der Wirtschaft und Gesellschaft. Die Armee verdankt ihre Bedeutung der schwierigen Gründungssituation 1947 und dem anhaltenden Konflikt mit Indien um Kaschmir. Selbst eine vernichtende Niederlage wie 1971 gegen Indien, die zur Loslösung Ostpakistans als Bangla Desh führte, konnte die Militärrherrschaft nur für sechs Jahre unterbrechen. 1977 stürzte General Zia-ul Haq Premierminister Sulfikar Ali Bhutto, den er später hinrichten ließ. 1979 wurde Pakistan aufgrund des sowjetischen Einmarsches in Afghanistan zu einem Frontstaat des Kalten Krieges. Das Land erhielt umfangreiche amerikanische Militärhilfe und sein Militäргеheimdienst ISI (Inter-Service Intelligence) bildete afghanische Mujaheddin für den Kampf gegen die sowjetischen Invasoren in Afghanistan aus. Seitdem verfügt Islamabad über erheblichen Einfluss in seinem westlichen Nachbarland.

Strategische Interessen und schwierige Nachbarschaft

Seit seiner Unabhängigkeit war Pakistan mit Gebietsansprüchen Afghanistans auf Teile der Nord-West-Grenzprovinz konfrontiert, deren Anschluss an Pakistan durch ein Referendum vom Juli 1947 von Kabul nie akzeptiert

wurde. Darüber hinaus erkannte das mehrheitlich von Paschtunen besiedelte Afghanistan die von den Briten gezogene Durand-Linie nicht als Grenze zu Pakistan an, die das Siedlungsgebiet der Paschtunen durchtrennte.

Jammu und Kaschmir sind das Elsass und Lothringen Südasiens, deren Zugehörigkeit seit der Unabhängigkeit Pakistans und Indiens im Zentrum der politischen Spannungen in Südasiens steht. Der Streit um dieses mehrheitlich von Muslimen besiedelte Gebiet ist deshalb so heftig, da von hoher Symbolkraft für beide Seiten ist: für Pakistanis geht es um die Identität des Staates als Land der Muslime und für Indien symbolisiert das Gebiet die säkulare Verfasstheit der Indischen Union. Der pakistanisch-indische Konflikt war aber auch immer machtpolitischer Natur. Die Elite Pakistans mochte sich nie mit den indischen Hegemonialansprüchen über Südasiens abfinden und suchte daher die Anlehnung an auswärtige Mächte – zunächst an die USA und später auch an China. Das deutlich kleinere, wirtschaftlich und politisch schwächere und militärisch klar unterlegene Pakistan entwickelte nach der vernichtenden Niederlage gegen Indien von 1971 ein eigenes Nuklearprogramm. Als Indien am 11. und 13. Mai 1998 insgesamt 5 nukleare Sprengsätze zündete und sich zum Kernwaffenstaat erklärte, folgte Pakistan auf dem Fuß. Seitdem hat der pakistanisch-indische Konflikt eine nukleare Dimension. Das nukleare Gleichgewicht führte aber zu keiner wirklichen Abschreckung, da der Einsatz nicht-staatlicher Akteure weiterhin kriegerische Auseinandersetzungen zwischen beiden Staaten ermöglichte, wie sich in der Kargil-Krise von 1999 zeigte, als pakistanische Kämpfer in den indischen Teil Kaschmirs einsickerten und von der indischen Armee blutig zurückgeschlagen wurden. Als Spuren der Terroristen, die im Dezember 2001 einen Anschlag auf das indische Parlament in Delhi verübten nach Pakistan führten, kam es im Sommer 2002 erneut zu einer pakistanisch-indischen Krise

mit der Gefahr einer möglichen nuklearen Eskalation.

Allerdings hat sich das Verhältnis zwischen Pakistan und Indien in jüngster Zeit deutlich verbessert. Im Herbst 2003 verständigten sich beide Seiten auf einen Waffenstillstand und begannen im Februar 2004 einen umfassenden Dialog ("composite dialogue"). Beide Seiten haben sich weit von den alten Positionen wegbewegt. Im April 2005 erklärten Präsident Musharraf und der neue indische Premierminister Manmohan Singh den Friedensprozess für unumkehrbar.

Afghanistan und der Kampf gegen den Terror

Nach dem Rückzug der Sowjetunion aus Afghanistan fürchtete Pakistan in Kabul eine nationalistische Regierung der Paschtunen, die ihre Ansprüche auf die Siedlungsgebiete der ethnischen Brüder in Pakistan erneuern und zu diesem Zweck die traditionell guten Beziehungen zu Indien wieder aufnehmen könnte. Um dieser Gefahr zu begegnen, verfolgte Islamabad das Ziel in Kabul eine Pakistan-freundliche Regierung zu installieren – auch um für den Fall eines erneuten militärischen Konflikts mit Indien an strategischer Tiefe zu gewinnen. Zu diesem Zweck kreierte und unterstützte Pakistan seit Anfang der 1990er Jahre die islamistischen Taliban mit dem Ziel den paschtunischen Nationalismus eine religiös-fundamentalistische Ideologie entgegen zu setzen. So war es nur folgerichtig, dass Pakistan eines der wenigen Länder war, das die neue afghanische Regierung anerkannte, als die Taliban 1996 in Kabul die Macht übernahmen.

Nach den in Afghanistan geplanten Anschlägen vom 11. September 2001 in New York und Washington sah sich Islamabad allerdings gezwungen, seine ehemaligen Schützlinge in Afghanistan aufzugeben und sich an der Seite der USA an der Bekämpfung des transnationalen Terrorismus zu beteiligen. Aus geostrategischer Sicht bleibt die Präsenz der USA und der internationalen Gemeinschaft in Afghanistan für

Islamabad von großer Bedeutung. Bei einem Abzug – etwa wegen Erfolgs oder als Folge einer Eskalation der Gewalt – befürchten Pakistans Strategen einen neuen Schulterchluss zwischen Kabul und Delhi. Daher verfolgt man in Islamabad mit größtem Misstrauen, dass Indien in Afghanistan eine große Zahl von Konsulaten insbesondere in der Nähe der pakistanischen Grenze errichtet hat. Aufgrund derartiger Ängste erscheinen Vorwürfe an die Adresse Islamabads plausibel, dass man dort die Taliban-Karte nicht vollständig aus der Hand zu geben bereit ist.

Die Beziehungen zwischen Islamabad und Kabul sind aktuell insbesondere auf afghanischer Seite von tiefem Misstrauen geprägt. Die Regierung Karzai wirft Pakistan vor, die Neugruppierung der Taliban nach ihrer Niederlage und Flucht auf pakistanischem Territorium zugelassen zu haben und ihre Infiltration nach Afghanistan nicht zu unterbinden. Die Rückzugs- und Nachschubgebiete der neuen in Afghanistan operierenden Taliban liegen vor allem in den selbst verwalteten Stammesgebieten (FATA) entlang der pakistanisch-afghanischen Grenze. Auf U.S. Druck führten die pakistanischen Streitkräfte dort im Frühjahr 2004 unter hohen eigenen Verlusten umfangreiche militärische Aktionen gegen militante Gruppen durch. Dort hatten sich die traditionellen Stammesstrukturen durch den jahrzehntelangen Einfluss religiöser Extremisten zunehmend radikalisiert. Islamistische Gruppen betrieben in den Stammesgebieten von Nord- und Südwestafghanistan und den angrenzenden Gebieten der nordwestlichen Grenzregion eine Politik der "Talibanisierung", die von einigen inzwischen als Bedrohung für Pakistan selbst gesehen wird.

Wachsende Islamisierung und Terrorgefahr

Im Grenzgebiet zu Afghanistan hat ein expansiver, in hohem Maße gewaltbereiter Islamismus Fuß gefasst, der sich am Vorbild der afghanischen Taliban orientiert. Diese "Talibanisierung" hat über die zahlreichen religiösen Schu-

len (Madrassas) inzwischen auch auf die Großstädte Pakistans übergreifen, wie die monatelange Auseinandersetzung um die "Rote Moschee" im Zentrum Islamabads im vergangenen Sommer gezeigt hat. Der blutigen Erstürmung der Moschee folgten zahlreiche Anschläge gegen die Sicherheitskräfte. Es muss davon ausgegangen werden, dass die Auseinandersetzungen zwischen islamistischen und säkular-liberalen Kräften sich in den kommenden Jahren noch weiter zuspitzen werden. Hier geht die Saat auf, die vom Generalspräsidenten Zia-ul Haq und mehrere seiner Nachfolger einschließlich Musharrafs gesät wurde, als sie auf eine Islamisierung des Landes setzten, um die Legitimität des eigenen Regimes zu erhöhen und um den Nationalismus der Paschtunen, der den Zusammenhalt des Landes gefährdete, mit Hilfe der Religion zu entschärfen. Musharraf hat sich wiederholt erst auf internationalem Druck zu einem rigideren Vorgehen gegen radikal-islamistische Organisationen bereit gefunden – so z.B. nach den blutigen Anschlägen in London vom 7. Juli 2005 als die Spuren der Attentäter nach Pakistan führten, wie auch bei den im vergangenen Sommer in Deutschland vereitelten Anschlägen. Auch sein Dekret, die 50 000 bis 80 000 Madrassas in Pakistan den gleichen Kontrollen wie staatliche Bildungseinrichtungen zu unterwerfen wurde nur halbherzig durchgesetzt. Die Gefahr einer "Talibanisierung" ganz Pakistans, die oft beschworen wird, sollte allerdings auch nicht überschätzt werden, weil insbesondere in den beiden wichtigsten Provinzen des Landes – Punjab und Sindh – die säkularen Gegenkräfte stark sind, wie der große öffentliche Zuspruch für die aus dem Exil zurückgekehrten Benazir Bhutto und auch Navaz Sharif, die beide für einen moderaten Islam stehen, gezeigt haben. Auch die gemäßigten, politisch aktiven Islamisten haben dem Jihad als Mittel der Außenpolitik inzwischen abgeschworen und versuchen ihre Ziele innerhalb des bestehenden Gesetzesrahmens zu erreichen.

Allerdings ist es wichtig, die weitere Talibanisierung der paschtunischen Randgebiete zu stoppen und möglichst rückgängig zu machen, um die von dort ausgehende Destabilisierungsgefahr für Pakistan und Afghanistan zu bannen. Der Schlüssel zur Befriedung der grenznahen Stammesgebiete liegt in deren wirtschaftlicher Entwicklung und politischer Integration. Dieses ist von der pakistanischen Regierung und der internationalen Gemeinschaft, die inzwischen erhebliche Mittel dafür bereitgestellt hat, auch erkannt worden. Doch wie auf der anderen Seite der Grenze im Süden und Osten Afghanistans wird auch hier die Durchführung von entsprechenden Entwicklungsprojekten und –programmen in erheblichem Maße von der schlechten Sicherheitslage beeinträchtigt.

Rückkehr zur Demokratie oder Talibanisierung?

Hatte Präsident Musharraf die politische Szene Pakistans seit seinem Putsch 1999 klar dominiert, steht er seit Frühjahr 2007 unter wachsendem Druck einer heterogenen Opposition, die ihn in diesem Jahr zum Rücktritt zwingen könnte. Seine Entscheidung vom März 2007, den politisch unbequemen Obersten Richter Iftikhar Muhammad Chaudhry von seinem Amt zu suspendieren, löste eine unerwartete Massenbewegung für die Unabhängigkeit der Justiz aus, die mit dessen dadurch erzwungener Wiedereinsetzung zu einer ersten schweren Niederlage Musharrafs geführt hat. Seine Wiederwahl zum Präsidenten am 6. Oktober von den beiden Kammern des nationalen Parlaments und den vier Regionalversammlungen konnte er wegen der drohenden Annullierung durch den Obersten Gerichtshof nur durch die Verhängung des Ausnahmezustandes am 3. November sichern, in dessen Folge er u.a. die Mitglieder des Gerichts entließ und durch willfährige Richter ersetzte, die eine Verfassungsbeschwerde der Opposition umgehend abwiesen. Auf Druck der internationalen Gemeinschaft trat er am 28. November zugunsten seines Stellvertreters und ehemaligen Chefs des Militär-

Geheimdienstes ISI sowie persönlichen Vertrauten Ashfaq Parvez Kayani, als Oberbefehlshaber der Streitkräfte zurück. Am 16. Dezember hob er auch mit Blick auf die für den 8. Januar terminierten Parlamentswahlen den Ausnahmezustand wieder auf, ohne aber alle die zur Sicherung seiner Machtposition ergriffenen Maßnahmen wieder rückgängig zu machen.

Auf Drängen der USA und Großbritanniens war es seit Herbst zu einer Annäherung zwischen Musharraf und der im November aus dem Exil zurückgekehrten populären ehemaligen Premierministerin Benazir Bhutto gekommen. Nach dem erwarteten Wahlsieg ihrer Pakistanischen Volkspartei (PPP) bei den Parlamentswahlen wurde allgemein eine Machtteilung zwischen dem Präsidenten und Benazir Bhutto als Premierministerin erwartet. Der Mord an Bhutto und die anschließenden blutigen Unruhen wurden von vielen als Menetekel für ein drohendes Abgleiten des Landes in ein politisches Chaos gesehen, in dem islamistische Gruppen unterstützt von Teilen der von Islamisten infiltrierten Armee und Geheimdienst die Macht an sich reißen könnten. Das apokalyptische Gemälde einer geopolitisch wichtigen Atommacht mit Trägerraketen in den Händen von Extremisten und Terroristen, d.h. die Talibanisierung Pakistans nahm Gestalt an.

Doch der rapide Popularitätsverlust Musharrafs, dem eine Mehrheit der Bevölkerung zumindest indirekt eine Mitschuld am Tod Benazir Bhuttos anlastet, kommt offensichtlich kaum den Islamisten, sondern den traditionellen Parteien und zivilgesellschaftlichen Gruppen, die auf eine Rückkehr zur Demokratie drängen zugute. In einer Umfrage des amerikanischen International Republican Institute (IRI) vom November sprachen sich 35% der Befragten für die PPP Bhuttos und 25 % für die Muslimliga von Nawaz Sharif aus. Beide Parteien dürfen bei den nunmehr auf den 18. Februar verschobenen Wahlen – wenn sie denn frei und fair verlaufen – auf einen zusätzli-

chen Sympathiebonus zählen, während radikal-islamistischen Parteien kaum Chancen eingeräumt werden.

Die kommenden 4 Wochen und die Wahlen selbst werden entscheidend dafür sein, ob die Rückkehr zur Demokratie gelingt. Durch die Entsendung einer ausreichenden Zahl von Wahlbeobachtern und entsprechendem Druck auf Musharraf muss der Westen alles tun, einen demokratischen Wahlgang zu ermöglichen. Musharrafs politisches Überleben hängt davon ab, ob sein Machtbündnis mit der PPP auch ohne Benazir Bhutto zustande kommt, was aber bezweifelt werden muss. Bhuttos Witwer Asi Ali Zardari, der neue starke Mann der PPP, der unter Musharraf wegen Korruptionsverdachts lange Zeit im Gefängnis saß, verbindet eine tiefe Abneigung gegen den Präsidenten mit Nawaz Sharif, den Musharraf 1999 aus dem Amt putschte und ins Exil trieb. Daher wird auch eine bis zum Tod Benazir Bhuttos undenkbbare Koalition von PPP und Muslimliga möglich, die am 18. Februar die Zweidrittelmehrheit im Parlament erreichen könnte. Damit wäre sie in der Lage Musharrafs Verfassungsänderung rückgängig zu machen und ihn so aus dem Amt zu drängen. Auch der Armee, die um ihren Ruf fürchtet, könnte an einer Rückkehr in die Kasernen gelegen sein. Dann bliebe nur zu hoffen, dass es der neuen demokratischen Mehrheit gelingt, über den Sturz Musharrafs hinaus eine stabile Regierung zu bilden, um die drängenden Probleme des Landes anzugehen, die einen Teil der Bevölkerung in den Extremismus treibt. Hier haben in der Vergangenheit sowohl die demokratischen als auch die Militärreregierungen versagt.

Dr. Heinrich Kreft, Berlin

Dr. Heinrich Kreft ist außenpolitischer Berater der CDU/CSU Bundestagsfraktion und war bis November 2006 stellvertretender Leiter des Planungsstabs des Auswärtigen Amts. Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder.

THEMEN

Water Security – A Source of Future Conflicts?

There are growing concerns that water shortages and limited or unequal access to water could lead to conflicts within countries and possibly between countries in the near future. Water shortages will also lead to an increase in migration, causing millions of people to move between countries to seek new sources of water. The UN estimates that by 2025 two out of three of the world's population will live in water stressed conditions. This is based upon the assumption that the world population is growing by 80 million per annum which means that we will have to find additional 64bn cubic meters of water a year.

Currently, 700 million people in 43 countries live below the annual water-stress threshold of 1700 cubic meters per person. The WHO estimates that the lack of clean water that afflicts up to 40% of the world's population reduces potential global growth by at least \$560bn which equates to about 1% of global GDP. Clearly the effect is strongest in the poorest countries thus making it increasingly difficult for such countries to break out of a downward spiral of poverty and increasing instability further. Not only water shortage is a problem- the other form of weather insecurity, floods, can equally destroy assets and reduce growth potential. In 2005 more than 20m people in the Horn of Africa were affected by drought, whilst the floods that hit Mozambique reduced its GDP by 20%.

With an average water availability of 1200 cubic meters per person and a growing urban population, the Middle East is the world's most water stressed region. Only Iran, Iraq, Lebanon and Turkey are above the threshold. The Palestinian Territories, especially Gaza, suffer the most acute scarcity of only 320 cubic meters per person, while sub-Saharan Africa has the largest number of water stressed countries of any region

affecting a quarter of the population.

Many countries derive their water from rivers that flow through other countries first which is a potential source of conflict. The Tigris-Euphrates basin serves Iraq, Syria and Turkey. Iraq and Syria rely for most of their water on the Tigris and Euphrates rivers which flow out of Turkey. Turkey's South-east Anatolia Project, which encompasses the creation of 21 dams, could reduce flows in Syria by around 30%. This has already affected relations between the two countries, Damascus has accused Ankara of meddling with its water supply, in turn Turkey has accused Syria of sheltering Kurdish terrorists.

The Jordan river basin is divided between Lebanon, Syria, Jordan, the Palestinian Territories and Israel. Tensions as to who owns the water and how it should be shared out between countries could fuel further military crises as the population grows and supplies decline due to global warming.

The Brahmaputra River has caused tension between India and China and could be a future flash point. In 2000, India accused China of not sharing information about the river's status in the run up to landslides in Tibet that in turn caused floods in north eastern India and Bangladesh.

The Nile River is a further source of potential international conflict. Ethiopia is pressing for a greater share of the Blue Nile's water which would leave Egypt as a loser. Egypt is also concerned that the White Nile, running through Uganda and Sudan could become depleted before it reaches its borders. Climatic change and an exploding population combined with water scarcity pose a critical driver of conflict in an unstable region. Already today Egypt is forced to import significant volumes of food as scarcity of water does not allow sufficient domestic production.

Regional disputes around water scarcity are as much a concern as are internal conflicts surrounding the fair distribution of water. China has embarked on a \$3bn

programme to divert water from Shanxi and Hebei provinces in order to fill a water shortage in Beijing which is encountering significant opposition. All along the water stressed northern plains and the Yellow River authorities are mediating between farmers, municipalities and industry. There were violent protests in 2000 following the announcement of a plan to divert water from agriculture to industry in Shandong.

The fight for water between industry, agriculture and the urban population is likely to intensify as the urban population grows. In 1950 only 17% of the total population was located in urban centres, today that figure stands at over 50%. Africa has the world's fastest growing urbanisation rate, currently 3.5% and expected to reach 48% by 2015. There is also a trend towards urban mega cities with populations above 10m. By 2015 there are expected to be around 24 such mega cities including Lagos, Mumbai, Luanda, Jakarta, Mexico City, Shanghai, and Manila.

All these cities today suffer from water stress and this is likely to become even more acute as the population swells to unsustainable levels giving rise to potential discontent, public health problems and urban conflicts. In a recent article in an Economist Publication "The World in 2008", the mayor of New York, Michael Bloomberg, writes that a new urban global community is in the process of emerging and that these cities will collaborate with each other in order to solve common problems such as water supply, energy production and waste management and that such cities will not sit back and wait for national governments to solve their problems. Obviously Bloomberg is thinking of collaboration with such cities as London, Singapore and Stockholm rather than Lagos, Jakarta and Luanda, which will further deepen the North South divide and points to future conflict for resources between urban and rural communities which will also affect richer global cities in the Northern Hemisphere.

The most immediate and critical challenge falls around hydrological interdependence and a lack of international mechanisms to resolve disputes. The historical record is surprisingly one of co-operation. According to the UN, there have been only 37 cases of violence between states over water over the past 50 years; all but seven took place in the Middle East. Over the same period more than 200 treaties on water were negotiated between countries. The considerable time needed to negotiate these treaties bears testimony to the sensitivity of the issue at stake – ten years for the Indus Treaty, 20 years for the Nile Basin Initiative and 40 years for the Jordan agreement.

However it is of concern that only one third of the agreements include co-operation on volumetric allocations. In large part, this is because the requirements for negotiating allocations are so sensitive that they could create the potential for conflict over the adjustment of claims on shared water resources when availability declines. With increased water stress inevitable in the next decade, some of the cracks in the agreements could begin to show and could give rise to armed conflict.

Some analysts disagree, pointing to the fact that the last major war fought over water was 4500 years ago between the two Sumerian city states Lagash and Umma in today's Iraq. Since then international rivals have generally favoured cooperation over conflict as water is simply too important to fight over. However the more recent history of small conflicts does paint a different picture. Local conflicts over water in Kenya, Sri Lanka and Bolivia have resulted in deaths and those countries most vulnerable to water stress include conflict-prone countries such as Chad, Sudan, Somalia, Ethiopia and parts of Pakistan. Even Klaus Töpfer, the former director general of the UN Environment Programme predicts that a future war over water is a distinct possibility. The most unlikely supporter of this is Mark Twain who wrote that "*Whisky is for drinking and water for fighting*

over," a view shared, incidentally, by the CIA, Price Waterhouse and Britain's Ministry of Defence.

Progress around water management is hampered because of weak institutional capacity to broker treaties. Domestic political factors will also hinder progress: while water sharing might be good for human development in a basin, it might lose votes at home, particularly as the domestic benefits of agreements are unlikely to be felt during the term of office on any one government.

Asymmetries of power will continue to play a role within water basins, particularly in relation to dominant states. Egypt will remain the focal point in the Nile basin, India in the Ganges catchment area, Israel on the Jordan River, South Africa in the Incomati basin and Turkey in the Euphrates – Tigris watershed. In short, even if these countries are not at the source of their water supply they will by virtue of being in a position to project power be able to control supplies, at least to a certain degree. The danger arises when supplies drop to such levels that sharing has a significant economic and social effect upon such nations as these then might be tempted to use their military power to guarantee sufficient supplies or to protect them, as the case might be.

Water stress is an issue which needs to be addressed urgently as it represents a major global risk factor. Water stress has a strong impact upon climatic changes, and can lead to civil war, regional and even international conflicts. Lack of water or poor water quality is strongly linked to chronic diseases and is a possible cause for failed states. At the same time reducing water stress by locating new sources, efficient waste water treatment and improving the supply infrastructure will be a major source of work for companies with expertise in this area, most of whom are US American or European.

Water stress also correlates with increased food insecurity which will result in the need for more robust crop strains requiring less fertilisers and water, none of

which can be developed without the introduction of genetically engineered strains. This in turn will lead to wide spread debates and protests in some western countries where significant and vocal movements will oppose the introduction of such methods.

The incidence of international conflict is likely to increase in the decade to come as international capacity for conflict prevention declines. At the same time internal conflicts and civil wars will become increasingly prominent and will entail regional dynamics beyond the confines of individual states, as we are seeing in Africa today. According to the Heidelberg Institute for International Conflict Research, 118 conflicts were carried out violently in 2006, 56 involving armed conflict, six of which were recorded at high intensity levels. At the same time, according to the World Bank, the number of fragile states has risen from 17 to 26 since 2003. It comes as no great surprise that the list of such countries is almost identical to those countries suffering from water stress. Water will not be a hindrance to peace if there is the political will to avoid conflict. However if countries want to fight then water will give them ample opportunities.

Maxim Worcester, Berlin

Maxim Worcester is a Berlin based British security consultant, former Managing Director Control Risks Deutschland GmbH. Opinions expressed in this contribution are those of the author.

IMPRESSUM

Denkwürdigkeiten

Journal der
Politisch-Militärischen
Gesellschaft e.V.

Herausgeber
Der Vorstand der pmg

Redaktion
Ralph Thiele (V.i.S.d.P.)
Tel.: +49 (221) 8875920
E-Mail: info@pmg-ev.com
Webseite: www.pmg-ev.com

Die *Denkwürdigkeiten* erscheinen mehrfach jährlich nach den Veranstaltungen der pmg.

